

Einzelpreis 4500 Mr.
Bezugspreis für September wenn vor dem 5. September entrichtet:
In der Geschäftsstelle 110.000 Mk. pol.
Durch Zeitungsboten 120.000
die Post 121.000
Ausland 130.000
Redaktion und Geschäftsstelle:
Lodz, Petrikauer Straße Nr. 86.
Telephon Nr. 6-88.
Postcheckkonto 60.689.
Honorare werden nur nach vorheriger Vereinbarung gezahlt. Unverlangt eingelangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Freie Presse

Verbreitetste deutsche Tageszeitung in Polen.

Ersteinst mit Ausnahme der nach Sonntagen folgenden Tage frühmorgens.
Anzeigenpreise:
Die 7-gesp. Millimeterzeile 1800 Mk. pol.
Die 3-gesp. Reklamezeile (Millim.) 6000
Eingeliefert im lokalen Teile 12000
bis zum 6. September wenn im voraus entrichtet.
Für Arbeitsfahnde besondere Vergütungen. Anzeigen an Sonn- und Feiertagen werden mit 25 Prozent berechnet. Auslandsinhalte 50%. Zuschlag bei Betriebsstörungen durch höhere Gewalt. Arbeitsniederlegung, Schließung der Zeitung oder Auslieferung hat der Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 93.

Lodz, Mittwoch, den 5. September 1923.

1. Jahrgang.

Mussolini über den griechisch-italienischen Konflikt.

Austritt Italiens aus dem Völkerbund?

Rom, 4. September. (Pat.) Stefani. In der Sitzung des Ministerrats gab Mussolini eine Erklärung über die auswärtige Lage ab, wobei er u. a. ausführte, daß die italienische öffentliche Meinung sehr über-rascht und zugleich betroffen sei von dem Verhalten eines beträchtlichen Teiles der englischen Presse. „Wir hegen die Hoffnung, daß die derbe Sektion, die wir in politischem Realismus von jenseits des Kanals erhalten haben, Italien endgültig von der Krankheit der konventionellen Phrasen heilen wird.“ Betreffs des Völkerbundes werde, fügte er weiter aus, die italienische Delegation die Weisung erhalten, daß der Völkerbund aus drei Gründen für die Entscheidung der griechisch-italienischen Frage absolut unzuständig sei.

„In der Annahme, daß der Völkerbund ungeachtet dessen seine Zuständigkeit aufrecht erhalten wird, müssen wir die Frage aufstellen: „Im Völkerbund verbleiben oder ausschließen?“ Ich habe mich für die zweite Möglichkeit entschieden und bitte, daß der Ministerrat erklären wolle, ob er sich mit der gestern Curatti erteilten formellen Weisung einverstanden erklärt, die Salandra dem Völkerbund demnächst vorstellen wird.“

Der Ministerrat schloß sich dem Standpunkt des Ministerpräsidenten völlig und vorbehaltlos an.

Rom, 4. September. (Pat.) Stefani. In einer Unterredung mit dem Sonderberichterstatter der „Daily Mail“ erklärte Mussolini u. a., daß jeder einzelne Staatsmann an seiner Stelle genau so vorgegangen wäre wie er. Auch als im Jahre 1916 einige französische Matrosen in Athen erschlagen worden seien, habe Frankreich keine wilderen Bedingungen gestellt, als jetzt Italien; ebenso habe sich Frankreich Garantien gesichert, was nunmehr auch die italienische Regierung getan habe. Wenn Griechenland diese Bedingungen erfüllt haben werde, werde die Besetzung Korfas aufhören. Doch wäre es besser, wenn Griechenland sich mit der Genugtuung begnügen würde, da es in der nächsten Woche infolge der hohen Ausgaben für die Matronenoperationen mehr zahlen müssen. Sollte Griechenland die Bedingungen nicht erfüllen, so würden die italienischen Truppen für unbegrenzte Zeit auf Korfu verbleiben. Andere Zwangsmaßnahmen wolle die italienische Regierung nicht ergreifen, es sei denn, daß Griechenland die italienischen Staatsbürger oder deren Eigentum antaste. In diesem Falle würde Italien unverzüglich eine militärische Aktion in die Wege leiten.

Das Ergebnis der Verhandlungen zwischen Polen und Danzig.

Gesf. 2. September. Der öffentliche Teil der gestrigen Sitzung des Völkerbundes war gänzlich den zwischen Danzig und Polen schwebenden Fragen gewidmet, die durch lange Verhandlungen zwischen den Vertretern beider Regierungen unter Vorsitz des Völkerbundsamministrator Mac Donell und unter Mitwirkung von Beamten des Völkerbundssekretariats geregelt worden sind.

Nachdem der Rat in seiner letzten Sitzung bereits alle Danziger Verordnungen zurückgewiesen hatte, konnten sich die Vertreter der Freien Stadt mit Polen über die meisten der schwebenden Fragen leicht einigen. Es wurden nun Teil dauernde, zum Teil befristete Abkommen über alle diese Fragen abgeschlossen, von denen der Rat gestern Kenntnis nahm und zu deren Abschluß er die Vertreter beider Regierungen beglückwünschte.

Etwa 30 durch Abkommen geregelte Fragen betreffen fast alle das Gebiet der gemeinsamen Interessen Danzigs und Polens. Insbesondere sind Dauerabkommen geschlossen worden über die Stellung des Hafenauslasses in Danzig sowie über die verschiedenen Fragen der Zolltarif, der Ein- und Ausfuhrstatistik, des Zollpersonals und der Auslegung der Artikel 3 und 6 der Danziger polnischen Konvention vom September 1920.

Vorläufige Abkommen wurden abgeschlossen über die Finanzen des Hafenauslasses, über den Grund-erwerb der Polen auf Danziger Gebiet und über die rechtliche Stellung der Polen infolge der Meinungsverschiedenheiten des Artikels 88 der genannten Konvention.

Rom, 4. September. (Pat.) „Corriere Italiano“ erhält aus Albanien neue Einzelheiten über die Ermordung der Grenzkommission, die die Verantwortlichkeit der griechischen Behörden für die Mordtat beweisen. Demnach sei der Mord in einer Entfernung von 200 Meter von der Kommandantur des 15. griechischen Bataillons von griechischen Soldaten ausgeführt worden. Als die Mitglieder der voraus geschickten albanischen Delegation, beunruhigt über das lange Ausbleiben der Italiener, diesen entgegenzogen wollten, habe sie der griechische Militärgouverneur in Kalissa nicht passieren lassen. Große Empörung habe auch das Verhalten des griechischen Obersten Votjaris ausgelöst, der, als er am Totort anlangte und den italienischen Major Corti noch am Leben fand, statt ihn zu retten, sich nach dem nächsten griechischen Nesten begab, um Maßnahmen für die Verfolgung der Mörder zu treffen. Als er noch einmal zurückkehrte, sei Corti bereits tot gewesen.

Rom, 4. September. (Pat.) Der „Messaggero“ nennt bei Besprechung des griechisch-italienischen Konflikts die Forderung Griechenlands nach einer Intervention des Völkerbundes ein Mittel zum Zweck, um gewisse Fragen zu entscheiden, die weit über den Rahmen des eigentlichen Konflikts hinausgingen. Das griechische Kabinett Gonatas sei bis jetzt von den Mächten noch nicht anerkannt worden, und könne sich somit nicht an einen Zusammen-schluß sozialer Regierungen, wie es der Völkerbund sei, wenden. Es sei klar, daß solch nur das Kabinett Gonatas zu der Diskussion in Genf zugelassen worden wäre, die Regierungen der übrigen Mächte in automatischer Weise verpflichtet gewesen wären, dieses Kabinett als eine legale Regierung anzuerkennen. So wäre es also mittels der Ermordung von fünf Personen dem griechischen Kabinett gelungen, die internationale Anerkennung, die ihm bisher verweigert worden war, zu erringen. (Man wird gut tun, diese etwas gewagten Schlussfolgerungen des eingangs erwähnten Blattes mit Vorsicht aufzunehmen. — Anm. der Schriftl.)

In Erwartung des Entscheids der Botschafterkonferenz.

Paris, 4. September. (Pat.) Die Botschafterkonferenz wird nach dem Eintreffen des Wortlauts der griechischen Antwort unverzüglich zusammentreten. Zur Überwindung der Pole hat Poincaré den französischen Gesandten in Athen ermächtigt.

Paris, 4. September. (Pat.) Poincaré empfing gestern den italienischen Botschafter.

abkommen auf 7 Jahre werden geschlossen über die Anstellung von polnischen Staatsangehörigen durch den Hafenauslass.

Hiervon soll noch ein Ergänzungsabkommen abgeschlossen werden über Zollprozeduren mit dem Hafenauslass und über Artikel 3 der genannten Konvention betreffend Danziger Staatsangehörige beim polnischen Konsulat.

In Danzig soll noch weiter verhandelt werden u. a. über die Frage des Hafenauslasses, die Verwaltung der Weichsel auf Danziger Gebiet, die Annahme von Danziger Polizei durch die polnische Garnison, die Errichtung einer polnischen Handelskammer in Danzig und das diplomatische Personal in Danzig.

Weiter wurde eine große Reihe von Meinungsverschiedenheiten des Völkerbundsamministrator durch Zurücknahme der Berufung seitens Polens oder Danzigs oder durch Erklärungen der Danziger bzw. der polnischen Regierung geregelt. Der Völkerbundsamministrator brühte in einem vom 1. September datierten Briefe an den Völkerbund die Ansicht aus, daß dem Rat nur noch eine einzige Frage zu regeln bleibe, die freilich eine Frage von allerhöchster Bedeutung und äußerster Dringlichkeit sei, nämlich die Frage der finanziellen Lage Danzigs.

Präsident Sahn sprach in einer kurzen Rede dem Rat und dem Völkerbund seinen Dank aus und gab der Hoffnung Ausdruck, daß nunmehr, nachdem auf Wunsch des Rates die schwebenden Fragen geregelt und damit alle Lebensbedingungen für Danzig sichergestellt seien, der Rat auch sein Möglichstes tun werde, um das Leben der Freien Stadt Danzig selbst durch seine Hilfe bei der Regelung der Finanzfrage sicherzustellen.

Stiller Heldenmut.

Ein englisches Urteil über den Kampf der Ruhrarbeiter.

Vor einigen Monaten hat sich eine Abordnung der englischen Transport General Workers Union unter Führung von Ellis nach dem Ruhrgebiet begeben, um an Ort und Stelle die durch die Besetzung geschaffenen Verhältnisse zu untersuchen. Die gewonnenen Eindrücke sind in einer soeben im Verlag der Labour Publishing Company (London) erschienenen Schrift „The Ruhr“ niedergelegt und dürften einen erheblichen Beitrag zur Beurteilung der Vorgänge im Ruhrgebiet darstellen. Hier sei zunächst wiedergegeben, was die Abordnung über den Widerstand der deutschen Arbeiter im Ruhrgebiet berichtet.

„Wir fanden die Arbeiter trotz der großen Opfer, die sie zum Widerstand entschlossen. Diese Politik entspricht ihrer freien Überzeugung. Die deutschen Arbeiter wollen nicht unter fremden Bajonetten arbeiten. Sie haben diesen Kurs verfolgt aus Haß gegen den Militarismus und aus Glauben an das Recht zu politischer und wirtschaftlicher Selbstbestimmung und der Einheit Deutschlands. Es ist daher wichtig für die Ruhrarbeiter, daß ihnen eine angemessene Unterstützung in Lebensmitteln und ein hoher Lebensstandard gesichert wird.“

Im Beginn der Besetzung erkannten die Gewerkschaften, daß die passive Resistenz die einzige Waffe zur Bekämpfung des französischen Militarismus darstellte. (Der deutsche Arbeiter sieht sich der Welt ein Beispiel für die Unmöglichkeit militärischer Methode gegenüber denen einer entschlossenen Passivität zu geben.) Aktiver gewalttätiger Widerstand gegen die Franzosen würde den Militarismus in Deutschland wieder ins Leben rufen.

Viele kompetente deutsche Beobachter und Bewohner des Ruhrgebietes vernahmen, daß der Monarchismus im Anwachsen begriffen sei, obwohl die Reaktion in anderen Teilen Deutschlands durch die Besetzung verheißt worden ist. Die Gewerkschaftsführer haben tatkräftig jedes Anwachsen der Reaktion bekämpft.

Ob hat man uns gesagt, daß die Arbeiter des Ruhrgebietes niemals mehr Militarismus erdulden würden und das monarchistisch-imperialistische Gefühl nicht mehr wiederlehren könnten, aber wir bemerkten, daß gewisse Elemente der politischen Mitte sich jetzt noch recht gezogen fühlen als Resultat der französischen Besetzung und der extremistischen Gewalttätigkeit.

Die Arbeiter bei Krupp sind so antimilitaristisch, daß sie, wie man uns erklärte, ablehnten, Geschütze für süd-amerikanische Staaten herzustellen, und daß deren Betriebskomitee die Zustimmung geben mußte, daß in Zukunft keine Munitionsfabrikanten angestellt werden.

Aber in der britischen Zone fanden wir viele strenge Beobachter, die uns die Befürchtung äußerten, daß die französische Politik den militaristischen Geist und das Verlangen nach Revanche unter den Deutschen wieder belebe. Ein hoher britischer Beamter sagte zu uns: „Vor 18 Monaten herrschte unter dem deutschen Volke Wille zum Frieden. . . jetzt greift eine Wanklung um sich. . .“ Ein anderer beklagte sich darüber, daß eine der Absichten der verbündeten Regierung im Rheinland, die Sicherung des europäischen Friedens, durch die französische Politik vereitelt worden sei und daß französischer Militarismus und Autokratie den alten Geist unter dem deutschen Volke wieder geweckt habe.“

„Wir können uns — schließt der Bericht — keinem Zweifel darüber hingeben, daß die Franzosen den Widerstand der deutschen Arbeiter gebrochen sehen möchten. Im Hinblick auf alles, was wir gesehen und gehört haben, können wir nur die Mahnung, die Disziplin und die Stille hingebung der deutschen organisierten Arbeiter in dieser unruhigen und kritischen Periode bewahren.“

Das Wichtigste im Blatt:

Offizieller Polarkurs = 230.000 poln. Mark.

Mussolini über den griechisch-italienischen Konflikt.

Austritt Italiens aus dem Völkerbund?

Italien verurteilt weiterhin Griechenland für den Mord verantwortlich zu machen.

Das Unglück in Japan.

Das Ergebnis der Verhandlungen zwischen Polen und Danzig.

Neuer Straßenbahntarif in Lodz.

Lokales.

Boh., den 5. September 1928.

Den deutschen Schulgemeinden zur Orientierung.

Uns wird geschrieben:

In der letzten Zeit laufen in die Geschäftsstelle der deutschen Sejmabgeordneten in Lodz und im Büro unserer Fraktion im Sejm sehr viel Klagen der deutschen Schulgemeinden über die Bedrückung und Schließung der deutschen Schulen durch die Schulräte ein. Die Erledigung aller dieser Beschwerden erfordert viel Arbeit und ist ferner mit bedeutenden Unkosten für Porto und Schreibmaterialien verbunden. Die Spenden zum Unterhalten unserer Geschäftsstelle laufen trotz der wiederholten Bitten sehr spärlich ein, so daß wir keinen Schriftführer und keine Maschinenschreiberin weiter erhalten können. Aus diesem Grunde ist es uns unmöglich, alle Anfragen einzeln zu beantworten. Somit teile ich auf diesem Wege allen interessierten Gemeinden mit, daß die deutschen Schulwesen betreffenden Gesetze und Verordnungen bis jetzt in keiner Weise abgeändert worden sind. Überall, wo 40 deutsche Kinder sich befinden, haben Eltern den Unterricht in der deutschen Sprache zu wünschen, muß die Schule mit deutscher Unterrichtssprache weiter bestehen. Das Vermischen der deutschen Kinder mit den polnischen zur Gründung einer vielklassigen Schule ist ungesetzlich und verstoßt gegen Art. 18 des Gesetzes vom 17. Februar 1922 über die Gründung und Erhaltung der öffentlichen Volksschulen. Das Angehören der deutschen Kinder zu verschiedenen Gemeinden darf als Grund zum Schließen einer deutschen Schule nicht dienen, da der Art. 5 des genannten Gesetzes ganz deutlich das Bestehen einer und derselben Schule durch die Kinder aus verschiedenen Gemeinden regelt. Alle Schulhäuser und Schulgrundstücke der deutschen Schulen sollen gemäß Art. 29 des Ministerialbeschlusses vom 3. März 1919 diesen Schulen zur weiteren Benützung überlassen werden. Wo diese Bestimmungen und Gesetze von dem Schulbehörden am Orte verweigert werden, empfehlen wir unseren Volksgenossen durch ihre Vertreter in den „dózor szkolny“ und in der „rada szkolna powiatowa“ ganz energisch dagegen anzukämpfen (überall wo 2 Proz. evangelische sind, haben sie das Recht, einen Vertreter zu entsenden). Müht dieses nicht, so muß sich der Schulbesitzer, oder die Eltern der Schulkinder durch eine Delegation oder schriftlich an den Schulinspektor wenden, der verpflichtet ist darüber zu wachen, daß die Schulgesetze nicht mißachtet werden. Hilft das alles nicht, dann bitten wir, uns ganz genau und wahrheitsgetreu einen schriftlichen Bericht über ein Schulmißbehagen mit den Unterschriften des Schulbesitzers, oder noch besser der Eltern der Schulkinder zuzusenden. Wir werden dann die nötigen Schritte bei der Regierung unternehmen.

Zur Verhütung aller dieser, die auf ihre Gesetze bis jetzt keine Antwort erhalten haben, teilen wir mit, daß die deutsche Sejmfraktion bis jetzt alles getan hat, was nur möglich war, um unser Schulwesen zu erhalten und auszubauen. Wir haben die Regierung auf die Mißstände der einzelnen Schulbehörden in der Provinz aufmerksam gemacht, längere Denkschriften über die Not unserer Schulen vorgelegt, mehrere Interpellationen an den Unterrichtsminister und sogar an den Ministerpräsidenten. Die Regierung zögert aber mit ihren Antworten ohne Ende. Wir glauben, daß nur ein entsprechendes Schulgesetz für die Minderheiten der Not unserer Schulen ein Ende bereiten könnte. Wir haben es schon so weit gebracht, daß die Sejmkommission die Regierung zum Vorlegen eines solchen Gesetzes aufgefordert hat. Der frühere Minister hat dieses Gesetz auch ausgearbeitet und es sollte dem Sejm vorgelegt werden. Der neue Minister von der „reinen polnischen Mehrheit“ hat aber mit dem Einsenden dieses Gesetzes in den Sejm gezögert. Der Deutsche und der Ukrainische Klub im Sejm haben daher während der letzten Session Dringlichkeitsanträge eingereicht, die die Regierung zur Beschleunigung der Regulierung der brennenden Schulfragen der Minderheiten auffordern. Der Unterrichtsminister bezweifelte die Verzögerung der Einreichung des geforderten Gesetzes damit, daß auch das polnische Schulwesen noch nicht geordnet ist. Dieser Grund ist aber so unzutreffend gewöhnlich, daß man auf den Gedanken kommen mußte, die Regierung will sich mit dieser Frage gar nicht beschäftigen und unser Schulwesen geistlich erben. Und auch weiter freie Hand behalten zu können. Das polnische Schulwesen ist durch die Gesetze vom 17. Februar 1922 (Gesetzblatt der Rep. Polen Nr. 18 vom Jahre 1922) Pol. 148 und 144) geregelt und gerade Art. 18. dieses Gesetzes legt der Regierung die Pflicht auf, auch das Schulwesen der Minderheiten zu regeln. Dieses werden wir auch weiter mit allem Nachdruck von der Regierung fordern.

Die deutschen Schulgemeinden dürfen aber nicht die Hände in den Schoß legen und nur auf unsere Arbeit warten. Sie müssen unverzüglich dafür sorgen, daß sie an jeder deutschen Schule eine gute aus den wichtigsten deutschen Männern bestehende „Opieka szkolna“ haben, daß ihre besten Männer in die „dózor“ und Schulräte einfließen und dort entsprechend für ihre Rechte eintreten. Art. 120 unserer Konstitution sagt deutlich, daß jedes Kind bis zum 18. Lebensjahre in der Schule Religionsunterricht erhalten muß. Deswegen ist das Bestehen der deutsch-evangelischen Kinder in die polnisch-katholischen Schulen, wo sie nicht nur ihre Muttersprache, aber auch den evangelischen Religionsunterricht vermissen müssen, ein Anschlag auf die uns durch die



Continental
Vollreifen

erreichen selbst unter den ungünstigsten Verhältnissen ausserordentliche Fahrleistungen.

General-Vertretung für Polen GENS & Co., Warschau, Ma szalkowska 130.

Fensterglas

L. Lewin, Lodz, Piotrkowska 83
und Zakazna 13. Telephon 12-83.

Telephon 26-89 tätig.

Harry Spreiregen

Lodz, Nowoczerw. 1a, Wohnung 23.

Englische Sprachkurse

von W. S. JESSEN, Sachkowska 45.

Anmeldungen zu den nächsten Kursen werden weiterhin entgegengenommen.

a. Lehrgang für Anfänger am Montag, Mittwoch und Freitag, von 7 bis 9 Uhr abends.

c. Lehrgang für Fortgeschrittene am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, von 7 bis 9 Uhr abends.

Beginn des Unterrichts der Gruppe A am 7. September, der Gruppe C am 10. September. — Eine kleine Anzahl Klassen. — Unterricht ausschließlich englisch. Konversationsmethode. — Keine Hausaufgaben. Lehrbücher unentgeltlich.

Anmeldungen täglich bis 9 Uhr abends.

Grundgesetze garantieren Freiheit der Presse unseres Volkes und unseres Glaubens. Dagegen müssen wir all-
ganz entschieden Front machen. Wir geben dem Staate was des Staates ist, können uns aber auf ungesetzlichem Wege von irgend welchen Chauvinisten das Erbe unserer Väter, unsere Sprache und unseren Glauben nicht nehmen lassen.

H. Ulla, Sejmabgeordneter.

pap. Die gegenwärtige Lage der Industrie, die sich von Tag zu Tag durch fortgesetzte Arbeitsbeschränkung verschlimmert, hat sich infolge der neuesten Erhöhung der Arbeitslöhne bedeutend verschlechtert. Vor allen Dingen macht sich ein Mangel an Bargeld empfindlich bemerkbar. Im allgemeinen haben die mittleren und kleineren Unternehmen mit größeren Schwierigkeiten zu kämpfen als die Großindustrie. Besonders kritisch ist die Lage der Färbereien, die die Arbeitszeit auf 2 bis 3 Tage in der Woche herabgesetzt haben. Falls die Lage nicht baldmöglichst eine Besserung erfährt, werden die Färbereibetriebe gezwungen sein, ihre Betriebe zu schließen.

pap. Die gegenwärtige Lage in der Industrie, die es den Industriellen vielfach unmöglich macht, ihren Ver-
pflichtungen im Auslande nachzukommen, hat, da dies das Vertrauen der ausländischen Industriekreise zu uns vollständig untergrub, u. a. zur Folge, daß die ausländischen Wollportureure die Befreiung von Welle für die Lodzer Industrie gänzlich einstellen. Die französischen und belgischen Exporteure haben die Wollseilung auf ein Mindestmaß beschränkt und die bereits in Danzig eingetroffenen Wollmengen dort verkauft. Dieses Verhalten der ausländischen Wollportureure hat auf die Lage unserer Industrie den denkbar schädlichsten Einfluß aus. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Lodzer Textilindustrie infolge Mangels an Rohstoffen den Betrieb gänzlich einstellen wird.

bip. In der Spinnerei und Weberei von A. Gutliche in Jagerz wurde den Arbeitern infolge Stillstandes in der Industrie gekündigt. Die Arbeiter der Weberei von Wolpert in Strzów wurden entlassen. Desgleichen wurde den Arbeitern der Fabrik von Stahl in Pabianice gekündigt.

Kredite für Kleinindustrie und Handwerker. Wie wir erfahren, hat sich die Postpartasse bereit erklärt, Kleinindustriellen und Handwerkern durch Vermittlung der Woiwodschaftsabteilungen für Industrie und Handel sowie des Ministeriums für Industrie und Handel Anleihen unter günstigen Bedingungen zu erteilen. Diese Kredite, die kurzfristig sein und auf drei Monate laufen sollen, werden mit 14 Prozent im Jahresverhältnis und mit 6 Prozent für die garantierenden Banken gleichfalls im Jahresverhältnis verzinst werden. Mittels dieser Kredite an die Woiwodschaftsabteilung für Industrie und Handel richten.

pap. Die Lohnbewegung. Der jüdische Fachverband der Friseurangestellten hat eine 50prozentige Lohnaufbesserung beantragt.

bip. Der 5000 M. Straßenbahnarif. Mit dem heutigen Tage tritt der neue Straßenbahnarif in Kraft. Darnach kostet eine gewöhnliche Fahrkarte 5000 M. und eine ermäßigte 3000 M. Für eine Fahrt am Abend sind 8000 M., in der Nacht 10.000 M. zu zahlen. Eine Monatskarte kostet 900.000 M.

Ein Gesetz über das Hauspersonal. Das Arbeitsministerium hat einen Gesetzentwurf über den Hausdienst ausgearbeitet, nach dem eine Dienstentlassung nach vierzehntägiger Kündigung erfolgen kann. Ohne Kündi-

gung steht dem Dienstgeber das Recht zu, eine Hausgehilfin zu entlassen, wenn sie sich mit Worten oder Taten gegen ihn oder seine Familie vergeht oder in der Wirtschaft absichtlichen Schaden angerichtet hat. Ebenso kann Entlassung erfolgen, wenn eine Krankheit länger als vier Wochen dauert. Die Hausgehilfin darf den Kontrakt vor dem Termin lösen, wenn sie von der Herrschaft gemißhandelt, geschlagen oder schlecht beklagt wird, wenn die Herrschaft den Kontrakt nicht innehält oder nach einem anderen Ort übersiedelt. Für die Bewerbung um einen Dienst dürfen drei Tage vor Ablauf des Termins benutzt werden. Das Zeugnis darf niemals ungünstig lauten. Ohne Wissen der Herrschaft dürfen die Diensthofen nur bis 10 Uhr abends in der Stadt sein. Der Lohn ist monatlich, bei einem Jahreskontrakt vierteljährlich zu zahlen. Ueberstundenarbeit muß besonders entlohnt werden, zum mindesten in Höhe eines Zehntels des Tageslohnes. Von einer Köchin darf nicht verlangt werden, daß sie die Wäsche wäscht, die Fußböden wischt oder die Kinder wartet. Den Diensthofen steht eine zweistündige Mittagszeit und nach einjähriger Dienstzeit ein bezahlter Urlaub von vierzehn Tagen sowie Entschädigung für Beköstigung in Höhe des vierfachen Lohnes zu und im Laufe des Tages zehn Ruhestunden.

bip. Um die Gründung einer Handelskammer in Lodz. Im Lokale des Zentralverbandes der Kaufleute fand eine Sitzung des Zentralrats der kaufmännischen Verbände statt, auf der Steuerangelegenheiten zur Besprechung gelangten. Es wurde auf die schwere Lage der Kaufleute hingewiesen, die unter den jetzt erscheidenden Steuerlasten schwer zu leiden hätten. Da diese Steuern, besonders die Einkommen- und die Umsatzsteuer, die Milliardensummen betragen, bereits in nächster Zeit entrichtet werden sollen, würden die meisten kaufmännischen Unternehmen ruiniert werden. Es wurde beschlossen, in nächster Zeit einen Bundeskongress der Kaufleute unter Beteiligung von Sejmabgeordneten und Senatoren einzuberufen, dessen Aufgabe es sein wird, eine Novelle zum Gesetz über die Umsatzsteuer auszuarbeiten und über die Schaffung einer Handelskammer in Lodz zu beraten. Dieser Kongress wird in Lodz in der Zeit vom 7. bis 15. Oktober stattfinden.

Von der Handelswelt. Durch Rundschreiben wird mitgeteilt, daß die seit 83 Jahren bestehende Hans- und Textilfabrik Hermann Krosch unter der Firma Hermann Krosch Erben in ununterbrochener Weise weitergeführt wird. Mit der Leitung der Firma sind die langjährigen Mitarbeiter, Söhne des Verstorbenen, die Herren Wilhelm Krosch und Otto Krosch betraut worden.

pap. Deutscher für städtische Lebensmittel. Wie wir bereits berichteten, wandte sich die Magistratsabteilung für Handel und Wirtschaftsangelegenheiten an die Zentrale der polnischen Landesdarlehenskasse mit der Bitte um ständige Zuerteilung von Fremdwährungen, die zum Ankauf von Lebensmitteln in Danzig unbedingt erforderlich sind. Die Verwaltung der Landesdarlehenskasse hat dieser Bitte einmalig stattgegeben. Angesichts dessen ist der Magistrat dazu geschritten, in Danzig Lebensmittel einzukaufen.

Vom Museum. Am 3. September wurde in Lodz das städtische Museum (Petrikauer 91) wieder eröffnet. Das Museum ist mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage von 4—7 Uhr geöffnet. Die Gebühr beträgt für Erwachsene 5000 M., für Kinder 1000 M. Schulen zahlen 5000 M.

Die Erklärungen der Deutschen im Stadtrat.

Stadtratssitzung vom 4. September.

hup. Nach Annahme eines Antrags des Stadts. N. a. p. a. l. i. in Sachen der Deklarationen der Stadtratparteien und nach einer Interpellation des Stadts. N. u. z. k. o. w. s. k. i. in der Angelegenheit des Plakats auf der Klinkleze verließ der Stadts. N. e. i. s. e. r. v. o. n. d. e. r. N. a. t. i. o. n. a. l. e. n. A. r. b. e. i. t. e. r. p. a. r. t. e. i. d. i. e. D. e. k. l. a. r. a. t. i. o. n. d. e. r. s. e. l. b. e. n. e. n. e. i. n. s. o. w. i. e. S. t. a. d. t. u. N. o. w. a. c. k. v. o. n. d. e. r. N. a. t. i. o. n. a. l. d. e. m. o. k. r. a. t. i. e. D. i. e. E. r. k. l. a. r. u. n. g. d. e. s. S. t. a. d. t. u. N. o. w. a. c. k. v. o. n. d. e. r. P. o. l. n. i. s. c. h. e. n. S. o. z. i. a. l. i. s. t. i. s. c. h. e. n. P. a. r. t. e. i. w. i. r. d. v. o. n. d. e. n. N. a. t. i. o. n. a. l. d. e. m. o. k. r. a. t. i. e. n. d. u. r. c. h. Z. w. i. s. c. h. e. n. r. u. f. e. u. n. t. e. r. b. r. o. c. h. e. n.

Nunmehr bringt Stadts. N. u. z. k. o. w. s. k. i. die

Deklaration der Deutschen Arbeitspartei

vor, die nachstehenden Wortlaut hat:

„Verehrte Versammlung! Im Nachstehenden unterbreite ich Ihnen das Programm der Deutschen Arbeitspartei im Stadtrat. Sowohl die nationale Unterdrückung als auch die nationale Verhöhnung mit aller Entschiedenheit verurteilt die Fraktion; ihr Ideal es ist, mit den Bewohnern polnischer Nationalität friedlich zusammenzuleben und zusammenzuarbeiten. Unsere Fraktion und andere Partei hat zweierlei Aufgaben: Die Verteidigung der Interessen der arbeitenden Bevölkerung und die Verteidigung der kulturellen und politischen Rechte der deutschen Einwohnerstadt Polens. Gemäß der ersten Aufgabe kämpft die deutsche Arbeitspartei um bessere Lebensbedingungen für die arbeitende Bevölkerung, widersetzt sich der Ausbeutung dieser Klasse durch das Kapital und strebt als Endziel die Umgestaltung der Arbeitsmassen benachteiligenden Gesellschaftsform in eine Form um, die der ganzen Menschheit die Möglichkeit zu freier Entwicklung bietet. Gemäß der zweiten Aufgabe wird die Deutsche Arbeitspartei auf allen Gebieten der sozialen und politischen Tätigkeit mit aller Entschiedenheit die vollständige Gleichberechtigung aller deutschen Bevölkerung fordern und um diese Gleichberechtigung mit aller Energie kämpfen. Wir werden alle diejenigen Rechte verlangen, die uns die Verfassung des Landes im Geiste ihrer Schöpfer garantiert, die Schaffung solcher politischer und gesellschaftlicher Lebensbedingungen, die uns die freie Entfaltung als Volk ermöglichen, sowie uns die Pflege unserer Kultur und unserer politischen Gewohnheiten garantieren. Wir sind fest davon überzeugt, daß nur eine solche Erfüllung unserer gerechten Forderungen, eine solche Möglichkeit der freien kulturellen Entwicklung für alle Völker Polens den Nationalitätenhaß beseitigen und das friedliche Zusammenleben herstellen kann, welches nur bei Anwendung des Grundsatzes vollständiger Gleichberechtigung möglich ist. Da wir nicht einmal den Schritten eines Hofes gegenüber dem polnischen Volk und dem polnischen Staat kennen, liegt uns das Wohlergehen dieses Landes und dieser Stadt, wo unsere Wohnstätte nicht minder am Herzen, als unseren polnischen Mitbürgern und wollen wir mit allen uns zu Gebote stehenden Kräften zur wirtschaftlichen und politischen Entwicklung unserer Stadt und unserer Heimat alles beitragen. Dies beweist schon die Geschichte unserer Stadt, aus der wir sehen, daß unsere Väter das Meiste zur Entwicklung unserer Stadt, der Industrie und des Handels beigetragen haben. Auf unseren Städten lasten große Aufgaben, die durch mühsame Kleinarbeit zur Entwicklung und zum Wiederaufbau des ganzen Landes beitragen werden. Die gesamte Selbstverwaltung ist jedoch von einer vollständigen Selbstverwaltungsfreiheit in jeder Richtung hin abhängig. Wenn die Selbstverwaltungen ihr Dasein auch weiterhin nur am Schutze der Aufsichtsbehörden fristen sollen, die sich fast in allen Fällen nach der politischen Konstellation in der Regierung und der Selbstverwaltung richten, muß die Initiative und die Anstrengungen der Selbstverwaltung verkümmern. Die Städte müssen in dieser Richtung hin einen schweren Vorwurf erheben, daß der Gedanke der kommunalen Selbstverwaltung im positiven Sinne unter dem staatlichen Bürokratismus vollständig zugrunde gehen muß. Erzwungen ist vor allen Dingen die Tatsache, daß die staatliche Gesetzgebung noch kein festgelegtes Verhältnis zu den Selbstverwaltungen kennt. Die Steuerpolitik des Staates ist für die Selbstverwaltungen geradezu zumhängnis geworden. Die Selbstverwaltung, d. h. das Recht der Übernahme und der Durchführung von Aufgaben unter eigener Verantwortung ist nur dann möglich, wenn das Recht und die Pflicht für die Deckung der Hand in Hand geht. Es gibt keine selbständige Aufgabenpolitik ohne selbständige Steuerpolitik. Deswegen ewige Staatsanleihen, deswegen ständiges Verstopfen der Kassen mit neuen Steuern, da die Selbstverwaltungen selbst die Beamtengehälter aus eigenen Mitteln nicht decken können. Die großen Nachkriegsprobleme, wie die Ernährung Erwerbsfähiger, die Versorgung der Familien Gefallener, der Arbeitsfähigen, das Wohnungsproblem usw. können nur durch die Selbstverwaltungen gelöst werden und dies nur dann, wenn dieselben vollständige Steuerfreiheit erhalten. Deswegen werden wir die Selbstständigkeit der Selbstverwaltungen verlangen. Außerdem wird die Fraktion fordern: 1. Gleichberechtigung für alle Bürger ohne Unterschied der Nationalität und der Religion, entsprechend den in der Verfassung ausgedrückten Rechten; 2. Beseitigung der Deutschen an den kulturellen Institutionen anderer Städte; 3. Erhaltung und Erweiterung der unentgeltlichen allgemeinen Schulpflicht in Volksschulen mit der Mutter- und Vatersprache des Kindes, wobei der Beherrschung entsprechende der Wichtigkeit und dem Grade ihrer Aufgaben ange-

messene Gehaltszuschläge zu den Staatsbezügen gewährt werden müssen und nicht wie bisher — Befreiung der Beherrschung bei Hungergehältern; 4. Schaffung einer städtischen Mittelschule mit deutscher Unterrichtssprache; 5. Ausdehnung der Volkshochschule und der Abendkurse bei Berücksichtigung in die der Ansicht der Bedürfnisse der Kinderheiten; 6. Erweiterung der Tätigkeit der Fortbildungskurse; 7. Unentgeltliche ärztliche Hilfe für alle Unbemittelten; 8. Unentgeltliche Fürsorge für Arbeiterkinder durch Erweiterung der Kinderkrippen, Kinderheime, Kindergärten, Wägeninnenräume usw.; 9. Versicherung der Arbeitslosen durch Vornahme öffentlicher Arbeiten, Straßenbau, Kanalisation und Wasserleitungsarbeiten; 10. Sozialisierung aller zum Wohle der Öffentlichkeit dienenden Unternehmungen, wie Straßenbahn, Elektrizitätswerk, Theater, Kinos, etc. als Gemeingüter für die Stadt; 11. Wohnungen für die arbeitende Bevölkerung durch entsprechende Bauordnungen, planmäßige Aufstellung großer Sozialwohnungen der Wohnungsarmen, Ausbau der Straßenbahn nach den Vororten, Hebung des familiären Zustandes der Wohnenden, Bau eigener Häuser durch den Staat und die Stadt und Übergabe der bisher innegehaltenen Räume an die Wohnungsarmen; 12. Aufhebung der städtischen Steuern auf die Befreienden; 13. Beseitigung der indirekten Besteuerung von Lebensmitteln und Erteilen des ersten Bedarfs; 14. Erhaltung der Erzeugnisse der arbeitenden Bevölkerung, wie: Kleinfabrikate, Streichhölzer, Freiheit des Wortes und der Versammlungen, Krankenkasse usw.; 15. Kampf mit dem Protektionismus und 16. Kampf mit der Trunksucht.

Für die Erreichung aller dieser Postulate soll mit ganzer Entschiedenheit eingetreten werden.

Während der Verlesung werden dauernde Rufe der Nationaldemokraten laut: „Geht nach Berlin und Danzig!“ (1).

Nachdem die Stadts. N. o. l. e. n. d. e. r. s. k. i. v. o. n. d. e. r. „P. o. a. l. e. j. z. i. o. n.“, Dr. S. c. h. w. e. i. g. v. o. n. d. e. r. „S. i. t. a. c. h. d. u. t.“ (Zwischenrufe), N. i. c. h. t. e. n. s. t. e. n. v. o. n. „B. u. n. d.“ und Stadts. N. i. n. g. b. e. r. g. i. r. t. h. r. e. D. e. k. l. a. r. a. t. i. o. n. e. n. v. e. r. l. e. s. e. n. h. a. b. e. n. e. x. p. r. e. s. s. i. m. N. a. m. e. n. d. e. r. B. ü. r. g. e. r. l. i. c. h. - D. e. u. t. s. c. h. e. n. P. a. r. t. e. i. S. t. a. d. t. u. N. o. b. e. d. a. s. W. o. r. t.

Deklaration der Bürgerlichen Deutschen Partei:

Die Bürgerliche Deutsche Partei ist vor allem eine Partei der Ruhe und Ordnung.

Als ihre ehrenvolle Aufgabe betrachtet unsere Partei vor allem die Verteidigung all dessen, was zur Festigung des Rechts, der tatsächlichen Gleichberechtigung aller Bürger und zum kulturellen Aufblühen unserer gemeinsamen Heimat auf diesen Grundlagen dient. Wir wollen, daß die einzelnen Nationalitäten und gleichfalls die einzelnen Klassen zum gemeinsamen Wohle ruhig nebeneinander leben, gemeinsam für unseren Wohlstand arbeiten und alle Klassen-, Religions- und nationalen Kämpfe vermeiden.

Von dieser Überzeugung ausgehend, stellen wir als die wichtigste Aufgabe unserer Partei in der durch uns im Stadtrat begonnenen öffentlichen Arbeit folgende Richtlinien auf:

1. Verbreitung der Aufklärung. Die allgemeine Schulpflicht muß beibehalten werden. Schulen, nicht nur Volks-, sondern auch Mittelschulen, nach Möglichkeit auch die höhere Schule, sollen als gemeinnützige Lehranstalten für alle Nationalitäten, Stände, Klassen und Konfessionen zugänglich sein. Der Unterricht in ihnen muß, um für die Schüler leicht verständlich zu sein, in der Muttersprache nach dem Willen der Eltern erteilt werden.

Die staatlichen und kommunalen Unterstufungen für diese Lehranstalten dürfen nicht wie es bisher der Fall war, nur den Schülern der polnischen Mehrheit gewährt werden, sondern sollen im Einklang mit den Grundsätzen der Staatsverfassung proportional auch unter die Schulen der nationalen Minderheiten verteilt werden.

2. Die Besteuerung der Bürger muß ihrer Zahlungsfähigkeit angepaßt werden: die minder Bemittelten müssen weniger belastet und die Wohlhabenderen mehr besteuert werden, jedoch derart, daß die schaffende Kraft des Kapitals, ohne die vor allem die arbeitende Klasse die Verdienstmöglichkeit verlieren würde, nicht ruiniert wird.

Die Besteuerung der Gegenstände des ersten Bedarfs, die sich bei den ärmsten Bürgern am schwersten fühlbar macht, bekämpfen wir und sie darf nicht geduldet werden.

3. Die Arbeit muß frei und für jeden Bürger, der arbeiten will, zugänglich sein. Wir wollen die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit und Arbeitsunfähigkeit, doch sind wir gegen jegliche andere Art von Unterstufung der Arbeitslosen, als in der Form von ehrlicher und bezahlter staatlicher oder städtischer Unterstufung. Wir werden alle Versuche, Arbeitswillige aus ihren Werkstätten gewaltsam oder durch Drohungen zu vertreiben, bekämpfen.

4. Die Wohnungsnot und das Fehlen von Arbeitsplätzen werden wir nachdrücklich bekämpfen, ungeachtet der Proteste kurzfristiger Parteiführer. Im Interesse derjenigen, die so unentgeltlich unter dem jetzt herrschenden Wohnungsnot leiden, wollen wir, allmählich und schmerzlos für die Arbeiter, eine durch die Regierung hart unterstützte Bautätigkeit unterstützen, die Beseitigung des

Defizits über den Mieterschutz anstreben, das polnische Städte in Trümmer legt, die Staatskasse und Staatskassen der zuverlässigsten Steuerzahler in den Haushalten verbrannt und von Tag zu Tag die Zahl der Wohnungen für uns alle verkleinert. Auf diesem Wege werden wir die Ketten der Arbeitenden sprengen, die bereits heute keine Besserung ihrer und ihrer Familie Lage durch Beschäftigungen in einer anderen Stadt suchen können, weil sie nirgendwo eine freie Wohnung finden.

5. Wir sind uns der schwierigen Lage unserer Stadt, die hand der über ein Jahrhundert dauernden Arbeit unserer Vorfahren, als unsere Pioniere, heute einen Wellenlauf als polnisches Industriezentrum genekt, ohne die man sich die heutige Macht unseres Staates schwer vorstellen kann, in jeder Hinsicht voll bewußt und werden immer und mit allen Kräften für das Wohl unserer Stadt eintreten.

Gleichzeitig wenden wir uns an alle Fraktionen und Parteirichtungen, die in dem gegenwärtigen Stadtrat vertreten sind, mit der Bitte, immer daran zu denken, daß wir vor allem zur Festigung der schwankenden Wirtschaftslage der Stadt tätig bestimmt sind — daher weniger Worte, mehr Taten.

Auch bei dieser Deklaration werden wir bei derjenigen der Deutschen Arbeitspartei Zwischenrufe: „Geht nach Berlin!“ laut (1).

Stadts. N. o. l. e. n. d. e. r. s. k. i. b. e. r. i. c. h. t. e. t. h. i. e. r. a. u. f. ü. b. e. r. d. e. n. A. n. t. r. a. g. d. e. s. S. t. a. d. t. u. N. o. w. a. c. k. v. o. n. d. e. r. W. o. h. n. u. n. g. s. f. r. a. g. e. A. n. d. e. r. s. i. c. h. h. i. e. r. ü. b. e. r. e. n. t. s. p. r. e. c. h. e. n. d. e. n. A. n. s. p. r. a. c. h. e. n. e. h. m. e. n. d. i. e. S. t. a. d. t. u. N. o. l. e. n. d. e. r. s. k. i. P. a. r. t. e. i. u. n. d. N. i. c. h. t. e. n. s. t. e. n. f. e. l. l.

Nunmehr gelangt der Antrag des „B. u. n. d.“ und der polnischen Sozialistischen Partei über die Vorfälle während der Streikzeit zur Sprache, worüber wieder Stadts. N. o. l. e. n. d. e. r. s. k. i. B. e. r. i. c. h. t. e. r. s. t. a. t. e. t. D. i. e. K. o. m. m. i. s. s. i. o. n. h. a. b. e. n. d. e. n. A. n. t. r. a. g. a. n. g. e. n. o. m. m. e. n. e. n. d. o. c. h. n. i. c. h. t. d. i. e. S. u. m. m. e. f. e. s. t. g. e. s. t. e. t. d. i. e. d. i. n. O. p. f. e. r. d. i. e. s. e. r. V. o. r. g. a. n. g. e. b. e. s. u. c. h. t. w. e. r. d. e. n. s. o. l. l. E. s. e. r. g. r. e. i. f. e. n. d. i. e. S. t. a. d. t. u. N. o. w. a. c. k. v. o. n. d. e. r. B. ü. r. g. e. r. l. i. c. h. - D. e. u. t. s. c. h. e. n. P. a. r. t. e. i. d. a. s. W. o. r. t. d. i. e. b. e. r. Z. u. s. a. m. m. e. n. f. a. s. s. u. n. g. m. i. t. d. e. r. P. o. l. n. i. s. c. h. e. n. E. r. m. a. c. h. t. u. n. g. t. u. n. E. s. e. n. t. s. p. r. i. n. g. t. s. i. c. h. e. i. n. e. l. a. n. g. e. A. n. s. p. r. a. c. h. e. Z. u. m. S. c. h. l. u.ß. w. i. r. d. d. e. r. A. n. t. r. a. g. d. e. r. K. o. m. m. i. s. s. i. o. n. b. e. z. ü. g. l. i. c. h. d. e. U. n. t. e. r. s. u. c. h. u. n. g. i. n. d. i. e. s. e. r. A. n. g. e. l. e. g. e. n. h. e. i. t. a. n. g. e. n. o. m. m. e. n. e. n.

Wohlfahrtsrat, die von der Handelsabteilung des Magistrats Zucker erhalten wollen, müssen spätestens bis zum 8. September eine Vorauszahlung von 4000 M. für jedes Kilo leisten.

Weitere zwei Monate Gefängnis für Dr. v. Behrens! Gestern nachmittag verhandelte das Bohrer Bezirksgericht unter dem Vorsitz des Richters W. i. t. k. o. w. s. k. i. g. e. g. e. n. d. e. n. V. e. r. l. a. g. e. l. e. i. t. e. r. d. e. r. „F. r. e. i. e. n. P. r. e. s. s. e.“ Dr. E. d. u. a. r. d. v. o. n. B. e. h. r. e. n. s. d. e. r. a. n. g. e. k. l. a. g. i. t. w. a. r. d. e. n. e. h. e. m. a. l. i. g. e. n. B. i. r. g. e. n. i. s. t. e. r. f. ü. r. d. a. s. p. r. e. u.ß. i. s. c. h. e. P. e. l. l. g. e. b. i. e. t. Dr. S. t. a. n. i. s. l. a. w. W. a. c. h. o. w. i. a. l. i. n. e. i. n. e. m. A. r. t. i. k. e. l. „W. a. c. h. o. w. i. a. l. d. e. r. O. b. e. r. v. o. l. e.“, d. e. r. i. m. N. o. v. e. m. b. e. r. 1921 i. n. d. e. r. d. a. m. a. l. i. g. e. n. „B. o. h. r. e. r. F. r. e. i. e. n. P. r. e. s. s. e.“ e. r. s. c. h. i. n. e. n. i. s. t. b. e. s. e. l. b. i. g. t. z. u. h. a. b. e. n. D. i. e. A. n. l. a. g. e. v. e. r. t. U. n. t. e. r. s. t. a. n. d. a. n. w. a. l. t. M. a. n. d. e. c. k. i. E. s. w. u. r. d. e. i. n. A. b. w. e. s. e. n. h. e. i. t. d. e. s. e. r. k. r. a. n. k. t. e. n. A. n. g. e. l. a. g. t. e. n. u. n. d. d. e. r. B. e. l. a. s. t. u. n. g. s. z. u. g. e. n. W. a. c. h. o. w. i. a. l. v. e. r. h. a. n. d. e. l. t.

Der Staatsanwalt hielt eine längere Anklagerede, in der er hat, gegen den Angeklagten die ganze Schärfe des Gesetzes anzuwenden. Der Verteidiger Dr. v. Behrens, Rechtsanwalt Braun, betonte in seiner Rede, daß der beanstandete Artikel nichts Belästigendes enthalte. Er lasse sich in zwei Teile zerlegen: der erste enthalte eine Kritik des Abgeordneten, nicht des Beamten W. a. c. h. o. w. i. a. l. u. n. d. w. e. i.ß. e. k. e. i. n. e. b. e. s. e. l. b. i. g. e. n. d. e. n. A. u. s. d. r. u. c. k. a. u. f. D. e. r. z. w. e. i. t. e. T. e. i. l. d. a. g. e. g. e. n. d. i. e. n. D. i. r. e. k. t. o. r. e. i. n. e. r. F. o. r. m. e. r. B. a. n. l. Dr. W. a. c. h. o. w. i. a. l. M. i. t. h. i. n. k. o. n. n. e. h. i. e. r. a. u. f. G. r. u. n. d. e. i. n. e. r. P. r. i. v. a. t. k. l. a. g. e. d. i. e. s. e. s. H. e. r. r. u. g. e. g. e. n. Dr. v. B. e. h. r. e. n. s. v. e. r. h. a. n. d. e. l. t. w. e. r. d. e. n. D. e. r. V. e. r. t. e. i. d. i. g. e. r. k. l. a. r. i. e. r. t. f. e. r. n. e. r. d. i. e. m. a. n. g. e. l. h. a. f. t. U. e. b. e. r. s. e. t. z. u. n. g. d. e. s. b. e. a. n. s. t. a. n. d. e. n. B. e. i. t. u. n. g. a. r. t. i. k. e. l. s.

Nach einer einstündigen Beratung verurteilte das Gericht den Angeklagten zu 4 Monaten Gefängnis, ermäßigte jedoch auf Grund des Amnestiegesetzes die Strafe um die Hälfte. Der Staatsanwalt beantragte die Hinterlegung einer Bürgschaftssumme von hundert Millionen (1) Mark, worwegen die Verteidigung protestierte. Das Gericht ermäßigte hierauf die Bürgschaftssumme bis auf 5 Millionen Mark.

Wie wir hören, legt die Staatsanwaltschaft gegen das „milde“ Urteil Protest ein. Auch der Verurteilte wird gegen das Urteil Berufung einlegen. Die Kammer wird heute in die Finanzkammer eingeleitet.

hup. Steuern zahlen! Gestern herrschte im hiesigen Finanzamt ein überaus reger Verkehr. Abordnungen verschiedener Vereinigungen und Kooperationen aus Bohy und Umgegend waren eingetroffen, um näheres über den Termin der Zahrlieferung der Steuern zu erfahren. Es muß daran erinnert werden, daß die Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H., die zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichtet sind, bis Ende dieses Monats Umsatzsteuer über das Jahr 1922 in der Steuerabteilung des Magistrats einreichen und 2 pro mille für den Umsatz zahlen müssen. Wer die Umsatzsteuer für Juli noch nicht entrichtet hat, muß dies schleunigst erledigen, andernfalls droht ihm schwere Strafe. Der Termin der Zahrlieferung für die Umsatzsteuer für August läuft am 15. September ab.

Bravo! Wir mußten wiederholt Klage führen über das unkulturelle Verhalten der Auto- und Wagenbesitzer, die im Doniatowskipark ihr Unwesen treiben. Jetzt hat

